



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

20. Sitzung vom 21. September 2026

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.13 Uhr

Leitung: Nina Eldridge (Präsidentin)

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ralph Büchelin, Patrick Bürgler, Melanie Held, Gian Kamber, Roman Oberli

Verspätet: Felix Gerber (anwesend ab 19.32 Uhr), Karin Müller (anwesend ab 19.40 Uhr)

Präsidentin:

Nina Eldridge

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsidentin Nina Eldridge, GLP heisst ihre Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Mitglieder des Gemeinderats sowie die Gäste herzlich willkommen zur heutigen Sitzung des Einwohnerrats. Ganz besonders möchte sie Nora-Mikaela Stahl begrüssen, die für Peter Frauchiger in den Einwohnerrat nachgerückt ist und heute ihre erste Sitzung hat. Die Präsidentin wünscht ihr viel Freude in ihrem Amt.

Mitteilungen der Präsidentin

Da Peter Frauchiger aus dem Einwohnerrat zurückgetreten ist, wurde sein Amt als Stimmenzähler frei. Das Büro hat Laurent Inäbnit als neuen Stimmenzähler gewählt.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt haben sich Ralph Büchelin, SP, Patrick Bürgler, SP, Gian Kamber, Mitte/GLP, Roman Oberli, SVP, und Melanie Held, SVP. Etwas verspätet werden sich Felix Gerber, Mitte/GLP, und Karin Müller, SP. Damit sind es bis zum Eintreffen der beiden 33 Einwohnerrät/innen im Saal. Das absolute Mehr liegt bei 17 Stimmen, das Zweidrittelmehr bei 22 und das Eindrittelmehr bei 11 Stimmen.

Bevor die Präsidentin zu den Traktanden der heutigen Sitzung kommt, gibt es wie üblich eine Probeabstimmung. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Neue Vorstösse

Präsidentin Nina Eldridge, Mitte/GLP geht die neu eingegangenen parlamentarischen Vorstösse durch und fragt, ob jemand seinen Vorstoss begründen möchte.

Nr. 162, Motion H. Steffen, SVP: Binningen zuerst: Aufgaben überprüfen, Prioritäten setzen, Steuergelder effizient einsetzen

Motionär Hubert Steffen, SVP führt aus, in den letzten fünf Jahren sind die Ausgaben um nahezu 15 Millionen Franken gestiegen. Da das Budget sehr wichtig ist, aber nach Ansicht des Votanten im Rat nicht ernst genommen wurde, hat er sich erlaubt, dass man einmal intern eine Aufgabenüberprüfung macht.

Nr. 163, Postulat Th. Häfele, FDP: Vermittlungsplattform für lokale Energiegemeinschaften

Postulant Thomas Häfele, FDP erklärt, das System der lokalen Energiegemeinschaften sei ein sehr interessantes Produkt, das für Besitzer von Fotovoltaikanlagen und für Stromkonsumenten vorteilhaft sei. Es ist kein Philanthropie-Projekt der Primeo, sondern wurde vom Gesetz her auf Anfang 2026 implementiert. Es ist eigentlich super spannend. Dem Votanten scheint es aber etwas schwierig, weil man immer einen Partner finden muss, der konsumiert oder produziert. Es bringt auch nichts, wenn fünf Personen zusammenarbeiten, die alle selbst eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach haben, weil es immer jemanden braucht, der den Strom tagsüber auch nutzt. Daher wäre es sinnvoll, wenn die Gemeinde versuchen würde, eine Lösung aufzubauen, wie man Produzenten und Konsumenten vermitteln könnte. So, dass möglichst auch das Gewerbe oder Gemeindelienschaften eingebunden sind, die tagsüber Strom konsumieren. Dadurch, dass die Gemeinde über den Energiefonds weiss, wer Strom produziert, kann sie die allfälligen Produzenten wahrscheinlich auch anschreiben. Der Postulant fände es sehr spannend zu hören, was der Gemeinderat zu dieser Lösung hier empfiehlt.

Nr. 164, Interfraktionelle Motion: Mehrwertabgabe

Motionärin Gaida Löhr, SP möchte nicht die Motion selbst begründen, sondern den Zeitpunkt. Auf diesen wurde sie mehrfach angesprochen. Das eidgenössische Raumplanungsgesetz hat 1980, also vor fast

50 Jahren, verlangt, dass Gemeinden eine Mehrwertabgabe regulieren. 50 Jahre hat Binningen dies verschlafen und damit auf Einnahmen verzichtet. Aber wir sind nicht alleine. Im Baselbiet haben genau zwei Gemeinden etwas unternommen und alle anderen nicht. Jetzt ist natürlich die Frage, ob es in Zusammenhang zur Initiative steht. Das ist es nur in dem Sinn, als dass es die Motionärin daran erinnert hat, dass man dies schon längst hätte machen sollen. Es ist ihr ein Anliegen. Lieber spät als gar nicht. Selbstverständlich hat es direkt mit der Initiative nichts zu tun. So oder so müssen Gemeinden sich ein Reglement geben, wenn sie Mehrwert abschöpfen möchten. Das Zweite, was man ihr auch gesagt hat, ist, dass Binningen fertig gebaut sei. Da brauche es das nicht mehr. Tatsache ist, dass man sicher nicht mehr viel einzonen muss oder kann. Aber fertig gebaut, ist es noch lange nicht. Wenn sie durch Binningen spaziert, sieht sie überall Baustellen und irgendwann wird es auch wieder neue Reglemente geben.

Nr. 165, Interfraktionelles Postulat: Kreislaufwirtschaft

Postulantin Sirin Hauri, Grüne/EVP äussert, man lese immer wieder im Binniger Wochenblatt, dass es verboten sei, nicht mehr benötigte Gegenstände auf die Strasse zustellen. Sie fände es aber sinnvoll, wenn man diese niederschwellig weitergeben und weiterbrauchen könnte. Daher bittet sie den Gemeinderat um Ideen, wie man dies machen könnte, ohne dafür gebüsst zu werden oder sich strafbar zu machen.

Nr. 166, Interpellation S. Hauri, Grüne/EVP: Kirschgarten

Traktandenliste

Präsidentin Nina Eldridge, GLP teilt mit, dass ein Änderungsantrag der SVP zur Traktandenliste vorliegt: «Die SVP-Fraktion beantragt, das Geschäft Nr. 84 auf den Dezember 2026 zu verschieben, da erst zu diesem Zeitpunkt die Zahlen zum Budget 2027 bekannt sind.».

ABSTIMMUNG

Änderung der Traktandenliste: 15 JA / 19 NEIN (Abstimmung 02, vgl. Anhang)

://: Die Änderung der Traktandenliste wird abgelehnt.

Es gibt keine weiteren Anträge zur Traktandenliste.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 26. August 2026	
2. Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	150
3. Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	159
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.09.2026 Berichterstattung zur 1. Phase «Massnahmenplan Klimaanpassung Binningen (MKB)» (2022-2025) Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	161

5.	Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 02.06.2026 Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Bin- ningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	55
6.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.09.2026 Interfraktionelles Postulat: Langfristige Planung Schutzmatte Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	123
7.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.09.2026 Postulat K. Müller, SP: Eigene Arealentwicklung Schutzmatte Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	135
8.	Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 01.09.2026 Interpellation K. Müller, SP: Binninger Boden behalten Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	134
9.	Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 01.09.2026 Postulat L. Behrends, FDP: Prüfung eines automatischen Steuerrückvergü- tungsmechanismus in Binningen Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	84
10.	Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 24. August 2026

Einwohnerratspräsidentin Nina Eldridge, GLP informiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge eingegangen seien. Gibt es Änderungswünsche zum Protokoll aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 150

Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Leon Behrends, FDP schlägt namens der FDP Dunja Bühler als Ersatzmitglied der Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode vor.

Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Dunja Bühler, FDP, wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Ersatzmitglied in die Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 159

Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Leon Behrends, FDP nominiert Laurent Inäbnit als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode.

Da es keine weiteren Wahlvorschläge gibt, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Laurent Inäbnit, FDP, wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Ersatzmitglied in die Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Berichterstattung zur 1. Phase «Massnahmenplan Klimaanpassung Binningen» (2022-2025)

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Sirin Hauri, Grüne/EVP bedankt sich namens ihrer Fraktion beim Gemeinderat für den Zwischenstand zum Massnahmenplan Klimaanpassung. Was wurde gemacht? Was sind die nächsten Schritte? Wo sind die Herausforderungen? Das wollen die Grünen/EVP wissen, aber auch: Sind wir schnell genug? Und reichen die zur Verfügung stehenden Mittel? Denn, wie alle Anwesenden wissen, leiden wir schon jetzt unter dem Klimawandel. Schon heute sterben Leute am Klimawandel, auch in der Schweiz. Das Gute ist, dass wir wissen, was gemacht werden muss. Das Schlechte ist, irgendwie geht es einfach zu langsam. Die Frage ist: Wieso? Die Interpretation der Votantin wäre, dass man kein Budget hat, um die Massnahmen umzusetzen. Etwas ohne Geld umsetzen zu wollen, ist relativ schwierig. Nun im Detail: Was die Gemeinde bei ihren eigenen Bauprojekten an Klimaanpassungsmassnahmen umsetzt, ist vorbildlich. Es gibt Versickerung, Regenwassernutzung, Begrünung und auch neben der Klimaanpassung Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Das sind wichtige Massnahmen, die die Gemeinde direkt beeinflussen kann. Aber was ist mit dem Rest? Viele Massnahmen warten auf den kommunalen Richtplan. Einerseits ist verständlich, dass man ein ganzheitliches Konzept haben möchte. Andererseits bedeutet dies auch, dass bis dahin weitere Grünflächen versiegelt werden und verloren gehen. Und dass man noch mehrere Jahre warten muss, bis konkret etwas gemacht werden kann, weil danach noch die Zonenpläne angepasst und die entsprechenden Bauvorhaben geplant und umgesetzt werden müssen.

Dann gibt es noch die Sachen, die bis 2025 hätten abgeschlossen sein müssen. Dazu haben die Grünen/EVP konkrete Fragen. Zu SV_4 «Gestaltung Dorfplatz mit Wochenmarkt» heisst es: «Massnahmenplanung und Kreditantrag noch nicht begonnen. Extreme Wärmebelastung prognostiziert; Handlungsbedarf hoch.». Dieser Punkt ist der Votantin nicht ganz klar. Das Projekt Schulcampus Dorf wurde inkl. Gestaltung Dorfplatz genehmigt. Was bedeutet es also, dass diese Massnahmenplanung noch nicht begonnen wurde? Ist die extreme Wärmebelastung trotz der geplanten Massnahmen, also dem versickerungsfähigen Boden und den vielen neuen Bäumen, so prognostiziert? Oder ist dies noch eine alte Aussage? Zu SV_6 «Erhalt kaltluftproduzierender Flächen»: Weil es hier um Erhalt und nicht um Neuschaffung geht, ist es umso wichtiger, dass zumindest der Status Quo nicht verschlechtert wird. Es dauert zu lange, bis die Planung abgeschlossen ist. Gibt es eine Möglichkeit für eine Übergangsregelung? Zu SV_7 «Klimaangepasste Strassenraumgestaltung»: Bei der Kernmattstrasse heisst es, es gebe noch kein Projekt. Wann ist ein solches zu erwarten? Es gibt noch andere Hotspots neben den genannten, z.B. die Hauptstrasse, die ist in kantonalen Händen, der Schafmattweg und die Curt Goetz-Strasse. Wann kann man dort mit einer Verbesserung rechnen? Mit W_2, W_3, W_4, dort geht es um Wasser, und K_1, dort geht es um Planung, wurde noch nicht begonnen. Wieso wurde damit nicht angefangen? Braucht es dort doch mehr Ressourcen?

In K_3 heisst es: «Ressourcen gesichert; keine Personalaufstockung nötig. Klimamassnahmen bei Grossprojekten systematisch integriert.». Das tönt eigentlich alles sehr gut und kompensiert. Es scheint der Fraktion aber einen Widerspruch zu geben. Einerseits werden gewisse Massnahmen nicht gemäss Plan umgesetzt, geschweige denn beschleunigt, andererseits sollen die Ressourcen problemlos vorhanden sein. Worin besteht dann das Hindernis, schneller vorwärts zu machen? Die Rednerin bezieht sich hier auf ihre Anfrage aus der letzten Sitzung zur Finanzierung der Klimamassnahmen. Die sollte im Rahmen dieses Geschäfts im Detail geklärt werden. Könnte der Gemeinderat nochmals erläutern, was es an Ressourcen und Finanzierung brauchen würde, damit man sich vor Extremwetter schützen und auch in den nächsten Jahren weiterhin im Sommer zu Fuss einkaufen und einigermassen schlafen kann? Wenn man

da nichts investiert, kommt es einen teurer zu stehen. Das ist bereits hinreichend belegt. Die Grünen/EVP danken dem Gemeinderat für den Bericht.

Laurent Inäbnit, FDP teilt mit, die FDP danke dem Gemeinderat für den vorliegenden Zwischenbericht. Sie nimmt die Berichterstattung zur ersten Phase des Massnahmenplans Klimaanpassung zur Kenntnis. Die Fraktion begrüsst insbesondere, dass in den vergangenen Jahren verschiedene konkrete Massnahmen umgesetzt wurden und die Gemeinde bei den eigenen Liegenschaften und Infrastrukturen ihre Verantwortung wahrnimmt. Mit Blick auf die zweite Phase von 2026 bis 2029 bleiben ihnen einige Punkte wichtig. Insbesondere beim vorgesehenen Klimafonds ist derzeit noch offen, wie dieser finanziert und konkret ausgestaltet werden soll. Hier erwartet die FDP vom Gemeinderat Transparenz bzgl. Finanzierung, Kosten und Nutzen. Grundsätzlich ist es ihnen wichtig, dass bei Massnahmen gegenüber Privaten weiterhin auf sinnvolle Anreize und Eigenverantwortung gesetzt wird und nicht unnötig neue Vorschriften und Regulierungen geschaffen werden. Auch bei der weiteren Umsetzung erwartet die Fraktion eine klare Priorisierung der Massnahmen und eine transparente Darstellung der damit verbundenen finanziellen Auswirkungen. In diesem Sinn nimmt die FDP den vorliegenden Bericht zur Kenntnis und wird die weiteren Entwicklungen, insbesondere die Ausgestaltung des Klimafonds und die Massnahmen der zweiten Phase, aufmerksam begleiten.

Niklas Mattsson, SVP bedankt sich im Namen der SVP für die vorliegende Berichterstattung. Es fehlen Angaben zu den Kosten pro Massnahme, insbesondere zu den zusätzlichen Wartungskosten sowie der Bezug zu messbaren Zielvorgaben. Ohne eine klare Gegenüberstellung von Kosten und definierten Zielen besteht das Risiko steigender Wartungskosten. Gibt es ein detailliertes Budget? Und wie verhält sich dieses zu messbaren Erfolgsquoten? Unter K_4 «Monitoring und Controlling» ist vermerkt, dass die Ausarbeitung der Indikatoren noch aussteht und mit K_1 «Kommunikationskonzept Klima» noch nicht begonnen wurde. Die Fraktion erwartet hierzu eine klare Aufschlüsselung der Kosten pro Massnahme einschliesslich der zusätzlichen Wartungskosten sowie deren Bezug zu messbaren Zielen. Im Massnahmenplan sind etliche Geschäfte aufgeführt, bei denen sie nur schwer den Bezug zum Klima erkennen können. Die SVP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Monique van Loon, Mitte/GLP dankt für den Zwischenbericht. Klimaschutz ist für alle Mitglieder ihrer Fraktion eine zentrale Motivation für Politik. Sie möchten, dass nicht nur Massnahmen abgearbeitet werden, sondern dass Binningen bei Klimathemen Vorbild für andere Gemeinden ist und vorausgeht. Es ist gut, dass in dieser Periode die Grundlagen für merkbare Veränderungen geschaffen wurden. Leider sind Gesetzesänderungen nur Papier. Daher merkt man nichts davon. Es braucht mehr spürbare Veränderungen, wie das Projekt beim Schulhaus Neusatz, wo man Asphaltfläche entsiegelt, Bäume und Sträucher gepflanzt und einen Regenwasserspeicher gebaut hat. Positiv ist auch das Projekt der Erweiterung des Schulhauses Meiriacker mit Dachbegrünung und weiteren Klimaanpassungen. Der Leidensdruck durch extremes Wetter wächst und so auch die Unterstützung für grüne Projekte. Die genannten Projekte sollen daher nicht nur einsame Beispiele bleiben, sondern Teil von zahlreichen Verbesserungen werden. Binningen soll noch grüner werden und trotz Klimaerwärmung lebenswert bleiben. Es gibt noch viel grünes Potenzial, z.B. an der Hauptstrasse. Die Mitte/GLP erwartet für die nächste Berichtsperiode überzeugende, spürbare und messbare, positive Veränderungen in unserem schönen Binningen. Die Fraktion ist für das Schaffen von Anreizen für grüne Politik, wie Gebührenreduktionen für Leute, die Regenwasser nutzen, wie im Bericht erwähnt. Diese Anreize bringen aber nur etwas, wenn sie auch richtig und nachhaltig kommuniziert werden.

Insgesamt findet die Fraktion den Bericht nicht sehr einfach zu lesen. Weil er zum ersten Mal erstellt wurde, möchte sie ein paar Anregungen für den nächsten Bericht mitgeben. Geplante und erfolgte Massnahmen werden im Bericht vermischt. Der Umsetzungsstand zeigt den Stand in Prosa. Eine Projekt-Roadmap mit Zeiträumen, Meilensteinen und Status der einzelnen Massnahmen würde helfen, das Ganze übersichtlicher zu machen. Der Mitte/GLP ist nicht klar, warum im Bericht «Massnahmenplan Klimaanpassung» von 18 Massnahmen die Rede ist und im Zwischenbericht nur noch von 17. Vielleicht

kann ihr dies jemand nach ihrem Votum direkt beantworten. Für den Einwohnerrat sind die Finanzen zentral. Welche Massnahme kostet wie viel und bringt welchen Nutzen? Wieviel hat man bereits ausgegeben und was ist noch geplant bzw. was muss man für die nächste Phase finanziell noch mitgeben? Was bringt aus Fachsicht zu welchem Preis den höchsten Nutzen? Diese Fragen sind in diesem Bericht nicht ersichtlich, bewegen die Fraktion aber. Sie sind froh, dass die wichtigen Klimamassnahmen vorangetrieben werden und bedanken sich herzlich für den Einsatz aller Beteiligten. Aus Sicht der Mitte/GLP könnte man noch mehr und schneller vorwärts machen beim Thema Klimaanpassungen in Binningen. Der heisse Sommer hat die Dringlichkeit ausserordentlich deutlich gezeigt. Die Fraktion möchte, dass die Binniger Bevölkerung mit geeigneten Massnahmen bessere Wohnbedingungen erhält, um das zunehmend extremere Wetter besser aushalten zu können. Die Gemeinde soll helfen, das dadurch entstehende Leid zu mindern, wie z.B. in diesem Sommer. Die Mitte/GLP ist der Meinung, Binningen könnte hier noch viel mehr machen. Strassenentsiegelung, Baumpflanzungen, Schaffen von Grünflächen, beschattete Spielplätze usw. Vieles ist im Bericht schon angedacht. Die Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und dankt herzlich für die weitere Bearbeitung.

Gaida Löhr, SP scheint, wenn sie ihren Vorredner/innen zuhört, dass es hier deutlich zwei Sichtweisen gibt. Die einen, die einfach vorwärts machen wollen, und die anderen, die noch im Planerischen und bei den Finanzen sind. Sie möchte nicht alles wiederholen. Es wurde vieles gesagt, was gut gemacht wurde. Erstens ist der Bericht sehr gut. Zweitens waren gewisse Umsetzung ausgezeichnet. Auf der anderen Seite, da ist sie bei ihren Vorrednerinnen, gezielt bei der weiblichen Form, fehlt trotz allem ein Teil Umsetzung. Das Wetter in diesem Sommer hat gezeigt, dass man nicht mehr die Zeit hat, unendlich lange zu planen und zu diskutieren, woher das Geld für diesen Fonds kommt, sondern man muss einfach umsetzen. Überall in Binningen ist es zu heiss. Es gibt aber auch Hitzeinseln, wo es fast unerträglich heiss ist. Die Hauptstrasse, beide Verkehrsachsen, der Schafmattweg und die Curt Goetz-Strasse wurden schon erwähnt. Dort muss schnell etwas gehen. Wir wissen alle, das ist schwierig. Es ist eng, man hat keinen Platz. Umso mehr muss etwas gehen. Es ist nicht so, dass man nichts machen muss, weil es schwierig ist. Sondern es ist schwierig, weil es dort speziell unangenehm ist. Das Zweite, was der Votantin wichtig ist, sind die Orte, wo man schwächere Menschen hat, die anfälliger sind für Hitze. Altersheime (Wie sind die ausgerüstet?), Schulen, KiTAs, Kindergärten. Ist dort genug Umschwung, damit man zumindest nach Draussen und in den Schatten kann? Das sind für die SP Sachen, die bis zum nächsten Sommer deutlich verbessert werden müssen. Die Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und findet ihn sehr gut. Ein paar Massnahmen sind ergriffen und es braucht noch mehr.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Voten zum Bericht. Die einen finden den Bericht gut, die anderen schlecht. Es gibt Verbesserungsvorschläge und andere finden den Bericht wiederum gut. Sie nimmt alles sehr gerne auf und bedankt sich dafür. Es kommt halt immer darauf an, mit welchem Fokus und mit welchem Blick man es liest. In der ersten Phase musste viel Grundlagenarbeit gemacht werden. Das ist so. Die Votantin kann nachvollziehen, dass man nach diesem Sommer das Gefühl hatte, sie kann Bundesrat Rösti zitieren, der gesagt hat: «Es hat mich dann doch überrascht, dass es so extrem war.». Die einen hat es überrascht, die anderen nicht so. Aber es war extrem und es macht es dringender. Man kann aber nicht konzeptlos damit anfangen, Strassen aufzureissen und Bäume zu pflanzen. Das sind sich vermutlich alle bewusst. Für gewisse Sachen braucht es auch in einem nächsten Schritt noch Grundlagen. Sprich: Hauptstrasse, die beiden Verkehrsachsen. Die gehören nicht der Gemeinde. Dort muss man froh sein, wenn man den Kanton dazu bringen kann, gewisse Massnahmen umzusetzen. Bei anderen Sachen, wo es die Gemeinde selbst bestimmen kann, geht man selbstverständlich voran. Sie glaubt, dort sei man auch recht gut unterwegs.

Aber es gibt natürlich auch Sachen, die man nicht beeinflussen kann, soweit es private Grundeigentümer/innen betrifft. Dort kann man versuchen, Anreize zu schaffen und dort wird man auch versuchen, Anreize zu schaffen. Das ist der Klimafonds, den die FDP-Fraktion angesprochen hat. Der Gemeinderat wird selbstverständlich mit Vorschlägen kommen, wie man diesen ausgestalten könnte. Letztlich entscheidet der Rat, ob man das will und wenn ja, wie man es will. Die Gemeindepräsidentin glaubt, es

wäre zu kompliziert, wenn sie jetzt auf alle Fragen eingehen würde. Gewisse Fragen lagen ihr vorab vor, die konnte sie abklären. Es ist aber doch eine relativ spezielle Materie. Sie schlägt vor, dass alle gestellten Fragen separat beantwortet und dem Rat zur Verfügung gestellt werden. Das macht es etwas einfacher und verständlicher, wie wenn sie jetzt versuchen würde, das schnell Zusammengetragene in einer Kurzfassung zu präsentieren und dann geht vielleicht etwas vergessen und man versteht etwas miss. Das möchte sie nicht. Wenn nichts dagegenspricht und niemand böse ist, würde sie die Fragen lieber schriftlich beantworten. Dann ist es vollständig und korrekt. In diesem Sinn: Besten Dank für die Kenntnisnahme und die wertvollen, konkreten Hinweise für die weitere Bearbeitung dieses Themas.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Berichterstattung zur 1. Phase «Massnahmenplan Klimaanpassung Binningen» (2022-2025) zur Kenntnis.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 55

Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Monique van Loon, Mitte/GLP äussert, die Toilettensituation in Binningen sei im Moment leider unbefriedigend. Wer von den Anwesenden musste, wie die Votantin, bereits die Erfahrung machen, dass man vielleicht mit einem kleinen Kind an der Hand oder mit vielen Einkäufen bei akutem Harndrang im Dorfzentrum ein kleines Problem hat? Als ihr zu Ohren gekommen ist, dass trotz Planung und Umsetzung des Rümelin Schulhauses die öffentliche Toilettensituation noch nicht systematisch mitgedacht wurde, hat sie mit ihren Kolleg/innen der Mitte/GLP das Thema in den Einwohnerrat gebracht. An einem kalten, dunklen Novembertag im Jahr 2025 hat der Rat dem Anliegen erfreulicherweise breit zugestimmt. Sie darf daran erinnern, dass 37 Einwohnerrat/innen an diesem Tag anwesend waren, 35 haben zugestimmt. Die verbleibenden zwei waren wahrscheinlich gerade auf der Toilette. Es freut die Fraktion, dass der Gemeinderat die Situation nun überprüft hat. Im Rümelin Schulhaus und beim Schloss sollen öffentlich zugängliche Toiletten eingerichtet werden. Das Kronenmatttrondell als zusätzlicher Standort soll ebenfalls überprüft werden. Für die Mitte/GLP sind, nicht überraschend, die zugesicherte Nachhaltigkeit, der Kostenaspekt und die Zugänglichkeit jederzeit und für alle zentral. Toilettenbedürfnisse kennen keine Uhrzeiten. Es soll auch an Wochenenden und nachts ein Minimum an öffentlichen Toiletten zur Verfügung stehen.

Die WC-Anlagen sollen auch für kurze und träge Beine, sowie für Menschen im Rollstuhl und für Menschen mit Kinderwagen schnell erreichbar und barrierefrei sein. Die Mitte/GLP möchte ausserdem, dass alle, auch Frauen und andere Personen, die WCs zu jeder Uhrzeit angstfrei benutzen können. Ein WC in der Schlossgarage macht z.B. nur dann Sinn, wenn es nahe bei einem gut beleuchteten Ausgang ist. Sie bittet den Gemeinderat, die Sicherheit mitzudenken. Wickelstationen in Herrentoiletten sind selbst im Jahr 2026 immer noch eine selten gefundene Rarität. Die Fraktion erwartet, dass das moderne Binningen

gen hier mit gutem Vorbild voran geht. Es kann nicht sein, dass sich der moderne Mann, der sein Kind betreut, immer noch regelmässig fragen muss, wo er sein Kind am besten wickeln kann. Öffentliche Toiletten sind selten ein optischer Genuss. Aber sie können visuell sehr unterschiedlich gestaltet werden. Die Fraktion möchte, dass sie ins Binninger Ortsbild passen und ist skeptisch, ob das auf ein Kompotoi am Kronenmatttrondell zutrifft. Die Lösung, die der Gemeinderat umsetzt, soll nach Inbetriebnahme mit Erfahrungswerten weiter optimiert werden. Die Mitte/GLP dankt herzlich für die weitere Umsetzung und die merkbaren Verbesserungen für die Binninger Bevölkerung und alle Besucherinnen und Besucher der wunderbaren Gemeinde. Die Votantin persönlich freut sich auf den ersten Toilettenbesuch an einem neuen Standort. Das Postulat kann aus Sicht der Fraktion abgeschrieben werden.

Elif Çakar, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung des Postulats. Die vorgesehenen Standorte beurteilt sie sehr positiv mit der bestehenden Toilette am Kronenplatz, der geplanten Toilette im Schlossparking und der neuen Toilette beim Rümelin Schulhaus. Auch die Berücksichtigung der Barrierefreiheit und die altersfreundliche Gestaltung begrüsst die Fraktion. Die mobilen Kompotois finden die Grünen/EVP eine gute Lösung. Dazu haben sie eine Frage: Im Bericht wird erwähnt, dass die Kompotois in Binninger Wald während der Sommermonate zur Verfügung stehen. Wäre es denkbar, den Standort beim Wald ganzjährig bestehen zu lassen, denn im Herbst und Winter benutzen auch viele Spaziergänger/innen diesen Weg. Mit dieser Frage danken sie dem Gemeinderat für die Prüfung und die vorgeschlagenen Lösungen. Die Fraktion stimmt der Abschreibung des Postulats zu.

Karin Müller, SP hat ihren Vorrederinnen nicht mehr viel hinzuzufügen. Sie kann alles, das gesagt wurde, unterschreiben. Ihr ist zudem aufgefallen, dass sie jedes Mal, wenn sie jemandem sagt, dass es am Kronenplatz ein öffentliches WC gibt, mit grossen Augen angeschaut wird. Dies ist offenbar nicht so bekannt. Vielleicht sind auch die anderen Standorte der öffentlichen WCs nicht so bekannt. Sie regt an, dass man diese bekannter machen könnte z.B. mit einem Lageplan auf der Gemeindewebsite. Die SP ist aber damit einverstanden, das Postulat abzuschreiben.

Dunja Bühler, FDP schliesst sich namens der FDP dem an. Die Fraktion schreibt das Postulat als erledigt ab.

Charlotte Marti, SVP findet die öffentlichen Toiletten eine gute Sache. Sie begrüsst es und würde sogar noch etwas weitergehen. Ihr Gedanke wäre speziell auch bei den Schulanlagen. Man sieht am Wochenende, wie die Kinder dort herumtoben und spielen. Plötzlich müssen sie aufs WC und es ist nichts offen. Wenn man den Kindern sagt, sie sollen nach Hause auf die Toilette gehen, heisst es: «Nein, es ist niemand zu Hause.». Wohin geht man dann? Dann wird halt einfach in eine Ecke uriniert. WCs sind vorhanden, auch in den Schulanlagen. Sie würde es begrüssen, wenn man dort ein Auge darauf haben und vielleicht sogar die Toiletten in den Turnhallen oder wo auch immer aufmachen würde. Im Sinn der Kinder, damit sie nicht draussen ihr Geschäft verrichten müssen.

ABSTIMMUNG

Abschreiben: Einstimmig JA (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird abgeschrieben.

Interfraktionelles Postulat: Langfristige Planung Schutzmatte

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Karin Glaser, Grüne/EVP möchte kurz wörtlich wiedergeben, was im Masterplan des Zolli steht: «Der Zoo Basel ist punkto seiner Entwicklungspläne mit allen Akteuren seit Jahren regelmässig im Austausch. Besonders auf die Gemeinde Binningen hat die Zolli-Erweiterung einen bedeutenden Impact. Gemeindepäsidentin Caroline Rietschi freut sich sehr auf dieses Projekt: «Der Gemeinderat begrüsst den Zolli in Binningen. Wir haben für die Planer die Vorgabe gemacht, dass die für den Zolli zusätzlich vorgesehenen Flächen auf der «Oberen Schutzmatte» zu einem grossen Teil frei und öffentlich zugänglich sein müssen. Dies ist dort mit der heutigen Nutzung nicht der Fall. Die Planer haben diese Rahmenbedingung in der Masterplanung sehr gut umgesetzt und das resultierende Projekt kann fraglos als Attraktivitätssteigerung für Binningen gesehen werden.». Der Gemeinderat Binningen hat in einer Absichtserklärung festgehalten, dass er dem Zolli auf der «Oberen Schutzmatte» Boden für eine Erweiterung im Baurecht zur Verfügung stellen will.». Dann steht dort noch, dass die Verbesserung des Hochwasserschutzes angegangen wird – dabei geht es notabene um den Hochwasserschutz von Basel. Die Rednerin weiss nicht, wieso Binningen dafür den Kopf hinhalten muss –, die Erneuerung der Binnerstrasse und, für sie spannend, Massnahmen rund um den Veloweg. Wo, wie, was genau? Keine Ahnung. Das ist aus ihrer Sicht ja eigentlich schon lange fällig. Sie hat den Plan als solches aber ehrlich gesagt nicht gesehen.

Dass dies mit der oberen Schutzmatte so in der Masterplanung des Zolli steht, ist für die Rednerin etwas stossend. Es sind tatsächlich schon Leute auf sie zugekommen, die gefragt haben, ob die obere Schutzmatte jetzt auch Zolli werden würde, es stehe so im Masterplan. Wenn man es so liest, kann man wirklich diesen Eindruck bekommen. Sie hat das Gefühl, die Binner Bevölkerung habe hier ein Mitspracherecht. Der Gemeinderat kann das ja nicht im Alleingang entscheiden dürfen. So kommt es aber in diesem Masterplan rüber. Was für eine Attraktivitätssteigerung es für Binningen geben soll, wenn dort tatsächlich noch ein Restaurant geplant wird, ist ihr ehrlich gesagt ein Rätsel. Falls Binningen für die Zolli-Besucher attraktiver sein soll: Die gehen kaum zuerst in Binningen essen, dann shoppen und dann in den Zolli. Da lügt man sich doch selbst an. Und auch für Binningen ist es ihrer Ansicht nach keine Attraktivitätssteigerung. Es zieht niemand nach Binningen, nur weil die obere Schutzmatte ein offener Zolli ist. Der Mehrwert für die Binner Bevölkerung sieht sie nicht im Zolli in der oberen Schutzmatte, sondern in einem offenen Ort zum Verweilen. Das kann Binningen auch selbst gestalten. Dafür muss kein rares Land im Baurecht abgegeben werden.

Um die Schutzmatte mit einem z.T. sehr schönen und sehr alten Baumbestand zu erhalten, könnte Binningen selbst einen Vorschlag machen. Das Areal hat grosses Potenzial und so viel freies Land hat Binningen nicht, also eigentlich gar keins, um die Schutzmatte im Baurecht, also vermutlich für immer, abzugeben. Denn der Zolli wird nicht nach 50 oder 100 Jahren, oder wie lang das Baurecht auch immer dauert, seine Tiere plötzlich wieder wegnehmen. Die Umnutzung des Areals muss sorgfältig und mit Bedacht angegangen werden und mit einer Planung, die nicht nur auf eine zukünftige Nutzung des Zolli ausgerichtet ist. Es soll ergebnisoffen geplant werden mit einem Spazierweg entlang des Birsigs und nicht entlang der Strasse. Und wenn man noch eine gute Lösung für einen Veloweg hätte, vielleicht sogar oben durch, wäre das super. Die Fraktion möchte nicht falsch verstanden werden. Sie finden den Zolli toll, aber nicht mit der Schutzmatte. Sie fragen sich, wo dort der wirtschaftliche Mehrwert des Zolli für die Gemeinde sein soll, ausser den Baurechtszinsen. Dann kommen noch die anderen Geschichten dazu: Der Hochwasserschutz, der eigentlich für Basel ist. Dürfte der nicht auch nördlicher sein? Und wieso nicht auf Basler Boden? Wieso muss hier Binningen herhalten? Wie wirkt sich das Ganze auf die

Renaturierung aus? Wenn der Hochwasserschutz weiter unten wäre, hätte man schon fast eine Lösung für den Robi. Dann könnte man den dort lassen, wo er ist. Es gibt immer noch Fragen über Fragen. Die Grünen/EVP überweisen das Postulat.

Oliver Peter, Mitte/GLP teilt mit, die Mitte/GLP unterstütze die Überweisung des Postulats an den Gemeinderat. Er anerkennt die leicht unterschiedlichen Stossrichtungen der beiden Postulate Müller und interfraktionell. Der Gemeinderat hat vorgeschlagen, die beiden Vorstösse gemeinsam zu behandeln und sein Votum gilt in Prinzip auch für beide. Die Fraktion ist gespannt auf die angekündigte Vorstellung der kombinierten Pläne für die Areale Schutzmatten und Birkenweg durch den Gemeinderat im November und die Beantwortung der damit verknüpften Postulate Nr. 123 und Nr. 135. Die Mitte/GLP erwartet auf jeden Fall, dass der Gemeinderat bei dieser Nutzungsplanung trotz der diversen Sachzwänge immer die Bedürfnisse der Binner Bevölkerung vor Augen hat. Aus Binner Sicht ist die Zolli-Erweiterung an sich eher ein Sachzwang als ein dringendes Bedürfnis. Es ist der Fraktion wichtig, dass auch innerhalb der Gemeinde alle Betroffenen in die Planung involviert und ihre Anliegen angemessen berücksichtigt werden. Es ist klar, dass es die eine, perfekte Lösung, die alle Anspruchsgruppen 100 Prozent zufriedenstellt, nicht geben wird. Umso mehr erwarten sie, dass der Gemeinderat unterschiedliche Lösungsansätze verfolgt und diese auch als Varianten zur Debatte stellt, damit der Rat am Schluss demokratisch darüber entscheiden kann.

Olivier Kremo, SVP findet es namens der SVP positiv, dass der Antrag lautet, das Postulat an den Gemeinderat zu überweisen. Aber aufgrund der Antwort, auch zum Anliegen von Karin Müller, befürchtet die Fraktion, dass die Intention des Gemeinderats klar ist, dass der Robi-Spielplatz weg muss und der Zolli dahin kommt. Sie finden es schade, dass gar nicht gross auf das Anliegen des Postulats eingegangen wurde. Wahrscheinlich auch, weil die Antworten gewissen Leuten nicht gefallen. Die SVP befürchtet, dass man den Rat im November vor vollendete Tatsachen stellen will. Diese Taktik ist nicht neu. Daher nochmals sein Appell: Es kann über alles offen diskutiert werden. Es muss aber eine offene Diskussion sein. Keine Tricks, Ausreden und Spielchen. Der Redner erinnert an das 50-Jahr-Jubiläum des Robi-Spielplatzes. 50 Jahre Tradition. Dort hat Gemeinderat Marc Schinzel den Kindern und Eltern des Robi-Spielplatzes unter grossem Applaus Hoffnungen gemacht, dass der Robi dort bleiben kann. Er zählt auf das. Man wird sehen, wo man im November steht.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP erläutert, die FDP habe das Geschäft ebenfalls angeschaut und diskutiert. Die Fraktion kommt zum Schluss, dass man gerade bei der Schutzmatte – das ist eine riesengrosse Fläche – nicht schnell den einfachsten Weg gehen will und diese mit einem Baurechtsvertrag oder was auch immer langfristig dem Zolli vergeben möchte, sodass sie über Generationen einfach weg ist. Binningen ist nicht dem Zolli Basel verpflichtet und auch nicht dem Kanton Basel-Stadt, um ihm Landreserven für die Zolli-Erweiterung zur Verfügung zu stellen. Der Votant ist der Meinung, man sei einzig und alleine der Binner Bevölkerung und dem Wohl der Binner Bevölkerung verpflichtet. Da stellt sich die Frage: Ist es das Wohl oder ist es nicht das Wohl? Was hat Binningen für einen Profit davon? Er findet, es beginne mit dem Hochwasserschutz. Warum soll der auf Binner Boden sein dafür, dass man Basel-Stadt etwas Gutes tut? In den vergangenen Monaten hat man gesehen, wie Basel-Stadt mit uns umgeht. Mit Strassensperrungen Richtung Stadt zu. Der Redner ist der Ansicht, Binningen müsse nicht für die Stadt Basel schauen, sondern müsse was das angeht nur für die Binner Bevölkerung schauen. Das ist das eine. Dort muss man wirklich zum Wohl der Binner Bevölkerung schauen. Das scheint ihm das Wichtigste. Von daher macht es Sinn, dass die FDP hinter der Überweisung steht.

Lewin Lempert, SP kann sich Vielem anschliessen, das gesagt wurde. Wichtig scheint ihm, und das hat er schon an der letzten Sitzung gesagt, es sind ja verschiedene Postulate zu diesem Thema eingegangen, dass man den Prozess getrennt betrachtet. Dass man sagt, man sucht eine gute Lösung für das Jugendhaus, für den Robi-Spielplatz, für die KiTa. Das Geschäft dazu kommt im November in den Einwohnerrat, so wurde es auf jeden Fall angekündigt. Darauf ist der Redner sehr gespannt. Die SP ist bereit, alles zu tun, um dort gute Lösungen zu finden. Beim Jugendhaus ist man gezwungen, den Standort zu wechseln,

weil die Parzelle nicht der Gemeinde gehört. Beim Robi sagt der Verein des Robi, dass sie einen Wechsel möchten wegen all den Unsicherheiten. Zudem gibt es am Birkenweg einen Standort, an dem grundsätzlich ein gewisses Potenzial vorhanden ist. Aber à discuter, wenn die genaue Vorlage kommt. Die muss die Fraktion überzeugen. Das andere ist die Entwicklung der Parzellen auf der oberen Schutzmatte. Wenn all die Institutionen einen neuen Platz gefunden haben oder vielleicht auch einen bestehenden Platz, das ist noch offen, dass man diese Entwicklung dann getrennt macht und nicht sagt, wenn die Institutionen weg sind: «Jetzt ist freie Bahn für den Zolli.». Dann muss man genau anschauen, was man da will. Was ist das Wohl der Binninger Bevölkerung? Da ist der Votant einverstanden mit seinem Vorredner. Er würde aber nicht sagen «Binningen first, Basel second». Es ist immer noch eine Region, in der man auch zusammen auf Interessen schauen kann. Aber es muss sicher darum gehen, ergebnisoffen zu schauen, was auf dieser oberen Schutzmatte passiert. Darum geht es auch im nächsten Traktandum, dem Postulat von Karin Müller.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP wurde von Olivier Kremo angesprochen in Sachen Robi-Spielplatz. Er muss präzisieren, was er damals gesagt hat. Es war eigentlich immer die Aussage, die für den Gemeinderat wichtig ist und auch für den Votanten persönlich sehr wichtig ist. Der Gemeinderat hat immer gesagt, man möchte eine gleich gute oder bessere Lösung. Das war die Aussage. Es ist klar, dass es ist immer schwierig ist, wenn Institutionen an einen anderen Ort gehen müssen. Er hat damals klar gesagt, der Gemeinderat möchte den Robi nicht einfach aufheben, sondern er möchte eine gleich gute oder bessere Lösung. Dort ist er sehr zuversichtlich, dass man dies auch machen kann. Egal, wie die ganze, grosse Planung noch ist. Diesbezüglich ist der Gemeinderat zuversichtlich, dass dies gelingt.

Olivier Kremo, SVP möchte zuerst Lewin Lempert antworten, der sagt, die beiden Sachen müsse man getrennt anschauen. Theoretisch würde das stimmen. Es gibt aber zwei Gründe, wieso der Robi-Spielplatz weg soll. Das eine ist der Hochwasserschutz und das andere der Zolli. Den Hochwasserschutz wird man auch anders lösen können. Dann bleibt nur noch die Frage des Zolli. Sonst muss man dies gar nicht machen, sonst gibt es gar keinen Grund, den Robi-Spielplatz zu verlegen. Die bessere Lösung wird es aus Sicht des Votanten nicht geben. Das kann er dem zuständigen Gemeinderat schon jetzt sagen. Er ist bereit, sich alles anzuhören. Er ist immer offen. Er wettet aber dagegen, dass hier eine bessere Lösung kommen wird. Es gibt in Binningen nicht viel Raum, wo man wirklich frei sein kann, Platz hat, Lärm machen kann und es stört niemanden. Und der Ort im Dorfzentrum ist auch perfekt.

Rahel Amacker, Mitte/GLP glaubt, vor allem beim Hochwasserschutz müsse man die politische Debatte auf einer Ebene höher abwarten und dann die Expertenmeinungen gut gewichten. Es ist nicht nur ein Problem von Binningen, sondern wie Lewin Lempert gesagt hat, geht es um den Hochwasserschutz für die ganze Region. Sie ist der Meinung, hier müsse man sich noch etwas gedulden, welche Lösungen am Schluss präsentiert werden. Aber es betrifft uns alle und man kann es nicht einfach auf Basel abschieben.

Hubert Steffen, SVP will noch eine Korrektur zum Statement von Lewin Lempert anbringen. Die Verantwortlichen des Robi-Spielplatzes wollen nicht weg vom aktuellen Standort. Sie sind dort glücklich und froh, dass sie diesen Standort haben. Sie wurden einfach auf Druck des Gemeinderats gezwungen zuzustimmen, dass der Wechsel in den Birkenweg erfolgt.

Lewin Lempert, SP empfiehlt seinem Vorredner mit den Leuten zu sprechen. Es gab eine Informationsveranstaltung, wo dies klar gesagt wurde. Er hat sich auch mehrfach mit dem Vorstand ausgetauscht. Logischerweise gibt es keine Jubelstürme darüber, dass man einen neuen Standort sucht. Aber die Haltung des Vorstands ist glasklar. Es ist auch schriftlich festgehalten. Sie wollen am neuen Standort einen gleich guten Robi aufbauen wie bis anhin. Der Redner macht nicht Politik über die Köpfe der Verantwortlichen eines ehrenamtlichen Vereins hinweg. Das kann man machen, ist aber nicht seine Art. Er findet, man mache zusammen mit den Verantwortlichen des Vereins ein gutes Projekt. Da findet man sich wieder. Das Projekt muss überzeugen und das Projekt liegt aktuell noch nicht vor. Das Projekt kommt

vom Gemeinderat. Es ist klar, dass man dort genau hinschauen muss. Die Vereinsmeinung einfach zu negieren und falsch darzustellen, findet er nicht ganz in Ordnung.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP möchte an dieser Stelle in aller Deutlichkeit die Behauptungen der SVP zurückweisen. Der Gemeinderat hat den Robi-Vorstand in keiner Art und Weise gezwungen, sich um einen neuen Standort zu kümmern. Der Gemeinderat hat mit ihnen eine LOI, eine Absichtserklärung, unterschrieben, dass man sie bei einem neuen Standort unterstützt. Der Robi-Vorstand hat von sich aus entschieden, dass ein Wegzug wegen des Hochwasserschutzes und eine Wiederrückkehr an den gleichen Standort nicht sinnvoll ist. Das haben sie von sich aus entschieden. Da hat sie der Gemeinderat überhaupt nicht zu irgendetwas gezwungen. Wenn man den Hochwasserschutz in Frage stellen will, dann kann man das machen. Aber man kann die Interpellation von Simone Abt lesen, die sie im Landrat eingereicht und die der Regierungsrat beantwortet hat. Es wird dann im November im Einwohnerratsgeschäft auch ausführlich beschrieben, warum der Hochwasserschutz dorthin muss, wo er hinmuss. Ob man ihn fünf Meter nach oben oder unten verschiebt, es ist eine Baustelle, die 30 Meter in die Tiefe geht. Es werden Röhren verlegt, die vier Meter tief sind. Wer dort nebenan einen Robi betreiben will, muss aufhören, die Schulwegsicherheit von Verkehrsleuten managen zu lassen. Man muss einfach realistisch bleiben. In Anbetracht dieses Einlaufbauwerks, das dorthin kommt, hat der Robi-Vorstand – sie sagt es nochmals in aller Deutlichkeit – von sich aus entschieden, dass es besser ist, definitiv einen neuen Standort zu suchen. Wer das Gegenteil behauptet, verbreitet Lügen. Es tut ihr leid. Aber es ist wirklich nicht akzeptabel, dem Gemeinderat hier so etwas zu unterstellen.

Gaida Löhr, SP hat es zwar auch etwas anders gehört als Caroline Rietschi, aber sie möchte sich in diesen Streit nicht einmischen. Die Votantin ist nicht der Meinung, dass der Vorstand des Robi alleine entscheidend sein soll für diese Frage, sondern interessant ist, was die Binner/innen wollen. Wenn sie sich die Einwohnerratsvoten anhört, dann ist die Begeisterung für die Zolli-Erweiterung von allen Seiten relativ klein und das Stehen hinter dem Robi an diesem Ort relativ gross. Es ist auch ein interessanter Ort. Beim neuen, grossen Schulhaus, dem Familienzentrum, der Bibliothek. Es ist ein guter Ort für den Robi. Am Schluss geht es nicht darum, was der Vorstand des Robi will. Am Schluss geht es darum, was wir wollen und was die Bevölkerung will. Das muss man abklären.

ABSTIMMUNG

Überweisen: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 135

Postulat K. Müller, SP: Eigene Arealentwicklung Schutzmaten

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Karin Müller, SP dankt dem Gemeinderat, dass er das Postulat entgegennehmen möchte. Es ist aus Sicht der SP sinnvoll, dass man alles, auch die Forderungen aus dem vorhergehenden Postulat, im November im Rahmen des Geschäfts «Arealentwicklung Birkenweg/Schutzmaten» diskutiert. Der Unterschied ist, dass sie das Einlaufbauwerk für den Hochwasserschutz in ihrem Postulat weggelassen hat, weil es eben

schon im anderen Postulat thematisiert wird. Der grösste Unterschied ist aber, dass sie von einer anderen Robi-Situation ausgeht, die auch vorhin schon diskutiert wurde. Das Postulat geht davon aus, dass der Robi umzieht. Der Vorstand des Robi hat sich klar dafür ausgesprochen, am Birkenweg einen Neuanfang zu wagen. Am wichtigsten ist ihnen, dass sie Planungssicherheit haben, was nur durch den frühzeitigen Entschluss an den Birkenweg zu ziehen, möglich ist. Sie wollen auch nicht mehr bis November warten, bis der Einwohnerrat das Einlaufbauwerk diskutiert. Sie wollen wirklich jetzt Planungssicherheit. Egal, was sonst noch passiert. Auch eine Rückkehr schliessen die Vertreter des Robi aus, weil auch das mit vielen Unsicherheiten verbunden wäre und sie dann am Birkenweg nicht planen könnten. Die Votantin findet, dies müsse man nun einfach akzeptieren. Wie die Bevölkerung dann hinter diesem Robi steht, ist ihr auch nicht klar. Es sind die Kinder, die jetzt dorthin gehen und die dort sind. Aber man kann sicher auch der Bevölkerung am Birkenweg einen schönen, tollen Robi bieten.

Der Umzug des Robi eröffnet nämlich auch neue Möglichkeiten für die Nutzung des ganzen Areals in der Schutzmatte. Es ist eine Chance und die soll diskutiert werden können, ohne dass die Ausbreitung des Zolli dabei schon eine Rolle spielt. Was der Zolli möchte, wissen die Anwesenden. Was es sonst in Binningen noch für Bedürfnisse gibt, die man auf der Schutzmatte umsetzen und verwirklichen könnte und die nicht in Verbindung mit einer bereits angedachten Ausbreitung des Zolli steht, weiss man nicht. Daher wünscht sich die Fraktion eine ergebnisoffene Diskussion über die zukünftige Nutzung des Areals Schutzmatte. Und nicht zuletzt findet die SP die Diskussion über die Nutzung der Schutzmatte unter der Voraussetzung der Umsetzung der Bodeninitiative äusserst wichtig. Binningen hat praktisch keine Landreserven mehr und erst recht keine, wo man etwas Eigenes für die Bevölkerung entwickeln kann. Es fragt sich daher, ob es wirklich gescheit ist, dass man eine solche Landreserve, wie die Schutzmatte, weggibt. Das Land würde zwar nicht an den Zolli verkauft, sondern im Baurecht abgegeben, aber faktisch wäre es, und auch das wurde bereits gesagt, abgesehen von den Baurechtseinnahmen trotzdem verloren für Binningen. Denn der Zolli würde ja sicher nie mehr zurückgebaut. Nebenbei gesagt als kleine Anmerkung: Der Zolli bezahlt für das Land, das er vom Kanton Basel-Stadt bis 2070 zur Verfügung gestellt bekommt, einen symbolischen Baurechtszins von 125 Franken im Jahr. Das muss man dann auch noch ausdiskutieren, wie das wäre, wenn man das Land abgeben würde. Die SP findet, das Land sollte vollumfänglich der Binner Bevölkerung zu Gute kommen. Auch das ist mit der Übernahme des Zolli nicht gewährleistet. Die Fraktion stimmt daher der Überweisung des Postulats zu.

Charlotte Marti, SVP führt aus, die Überlegungen mit dem Postulat «Eigene Arealentwicklung Schutzmatte» wird von Seiten der SVP begrüsst. Im November 2026 wird das Geschäft dem Einwohnerrat unterbreitet. Die Fraktion ist gespannt, was dem Rat vorgeschlagen wird. Der Gemeinderat sieht eine langfristige Nutzung des Gebiets Schutzmatte im Zusammenhang mit der Ausdehnung des Zoos nach Binningen weiterhin als Grundszenario mit dem grössten Mehrwert für die ganze Bevölkerung. Sie fragen sich aber: Ist es für die Binner Bevölkerung oder für die Besucher des Zoos? Die SVP ist für die Überweisung des Postulats an den Gemeinderat.

Aline Glaser, Grüne/EVP teilt mit, die Grünen/EVP stören sich an mehreren Aussagen in diesem Bericht. Obwohl mehrere fraktionelle wie interfraktionelle Postulate seit zwei Jahren vom Einwohnerrat eingehen und an den Gemeinderat appellieren, den Rat nicht im Dunkeln sitzen zu lassen und zu erklären, wie die Pläne bei der Schutzmatte und mit dem Zolli aussehen, wird jetzt im Bericht: «Die Ausdehnung des Zoos nach Binningen als Grundszenario beschrieben.». Weiter wird erwähnt, die Bevölkerung einzubeziehen. Der Einwohnerrat, die Legislative, die, die von der Binner Bevölkerung gewählt wurden, werden aber nicht einbezogen. Im Bericht heisst es, alternative Szenarien geprüft werden. Wenn jedoch ein Grundszenario für den Zolli steht, wie sollen dann Alternativen geprüft werden? Nach diesem Bericht zweifelt die Fraktion ernsthafte Prüfungen von Alternativen an. Sie sind frustriert über den weiteren Aufschub von konkreten Informationen. Gerne lassen sie sich im November eines Besseren belehren und hoffen, dass ihre Bedenken beim Gemeinderat angekommen sind. Die Grünen/EVP sprechen sich für eine Überweisung aus.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP erläutert, auch die FDP sei für eine Überweisung. Es geht in die gleiche Richtung wie bei Traktandum 6. Ob jetzt der Robi bleibt oder ob er den Standort wechselt, es bleibt die Schutzmatte, auf der man für die Binninger Bevölkerung das Beste herausholen möchte. Es ist für die FDP wichtig, dass man ergebnisoffen einmal alles auf dem Tisch hat. Dass man alle Opportunitäten im Einwohnerrat prüfen und anschauen kann, auch allenfalls mit der Binninger Bevölkerung: Was ist für uns wirklich wichtig? Wo haben wir das Bedürfnis? Um dann entscheiden zu können und dem Zolli nicht einfach etwas zu geben. Von daher überweist die FDP den Vorstoss.

Felix Gerber, Mitte/GLP erwähnt, Oliver Peter habe das offizielle Fraktionsvotum bereits beim vorherigen Traktandum abgegeben. Daher vielleicht nur noch eine kleine persönliche Meinung des Votanten für das Protokoll, nachdem man jetzt durchwegs negative Rückmeldungen gehört hat. Grundsätzlich muss man sich in Erinnerung rufen, dass Basel-Stadt auch nicht massiv viel Platz hat und wir alle schon immer in den Zolli gehen und ganz viele andere Sachen in der Stadt machen. Daher erstaunt es ihn, dass man hier von vornherein so wenig konstruktiv ist bzw. «Binningen first»-Denken hat. Persönlich findet er es gut, dass man regional denkt, ohne zu vergessen bzw. sich zu überlegen, was man sonst damit machen könnte. Es wird immer über fehlende Begegnungszonen in Binningen diskutiert. Der Redner findet, die Ratsmitglieder sollten sich überraschen lassen, was im November vorgestellt wird. Ein offenes Zolli-Gebiet mit einem Restaurant hört sich für ihn nicht nur schlecht an. Er ist der Ansicht, man sollte nicht so tun, als ob 90 Prozent der Binninger Bevölkerung primär ablehnend sind, sondern sich das Projekt anschauen und sich vielleicht auch positiv überraschen lassen.

Karin Müller, SP findet nicht, dass man sich das Zolli-Projekt nicht anschauen sollte. Das soll man selbstverständlich, aber das hat man auch schon gemacht. Über das Zolli-Projekt ist schon relativ viel bekannt, aber Alternativ-Projekte gibt es in diesem Sinn nicht. Dort sollte man sich vor allem überlegen, was es gäbe. Selbstverständlich geht auch die Votantin gerne in den Zolli und findet ihn toll.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP präzisiert, sein Votum sei nicht gegen den Zolli, sondern für die Interessen der Binninger Bevölkerung. Dass alle Anwesenden gerne in den Zolli gehen und das geniessen, ist absolut nachvollziehbar. Man könnte vielleicht auch etwas aushandeln, dass die Binninger Bevölkerung Gratis-Eintritte in den Zolli erhält oder so. Es ist überhaupt nicht gegen den Zolli, sondern wenn, dann muss man es so teuer wie möglich verkaufen, damit Binningen davon profitiert.

Urs Hauri, Grüne/EVP ist es ein Anliegen festzuhalten, dass hier nirgends gesagt wird, der Zolli könne nicht auf der unteren Schutzmatte bauen. Das ist ein grosser Teil. Es ist fast der grössere Teil als die obere Schutzmatte. Es geht jetzt wirklich um die obere Schutzmatte. Dass man weiss, was man dort machen könnte neben einem Zolli, der ja eigentlich geplant hat, ohne das Land zu haben. Der Redner nimmt an, der Zolli habe auch eine Planung gemacht, bei der das Land nicht einbezogen wurde. Sonst fände er es etwas komisch, denn er hat das Land ja noch nicht.

ABSTIMMUNG

Überweisen: Einstimmig JA (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Interpellation K. Müller, SP: Binninger Boden behalten

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Präsidentin Nina Eldridge, GLP fragt nach, ob die Interpellantin Stellung nehmen möchte.

Interpellantin Karin Müller, SP dankt dem Gemeinderat für die Antworten. Warum der Gemeinderat die angesprochene Friedhofsparzelle 1380 am Waldeckweg nicht kauft, leuchtet ihr ein. Sie hat nun eine konkrete Vorstellung davon, wie viel verkauft wurde und dass kurzfristig konkret zwei Zukäufe vorgesehen sind mit einer totalen Parzellenfläche von 608 m². Das hört sie gerne. Die Votantin erwartet, dass der Gemeinderat das Parlament informiert, wenn dieser Kauf zustande gekommen ist. Überhaupt fände es die SP gut, wenn der Gemeinderat den Einwohnerrat im Rahmen der Rechnung jedes Jahr mit ein paar Sätzen auf dem Laufenden halten könnte, wie die Bilanz von Kauf und Verkauf aussieht. Die Fraktion wird auch weiterhin genau beobachten, ob und wie die Vorgaben der Bodeninitiative umgesetzt werden. Dass der Gemeinderat schreibt: «In der Summe ist die Gemeinde eher an Zukäufen denn an Verkäufen interessiert.», versteht sie trotz des «eher» eigentlich als sehr verbindliche Zusage. Die Interpellantin möchte im Moment aber auf eine Diskussion verzichten.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten zur Interpellation.

Traktandum 9**Gesch. Nr. 84****Postulat L. Behrends, FDP: Prüfung eines automatischen Steuerrückvergütungsmechanismus in Binningen**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Leon Behrends, FDP informiert, die FDP stimme der Abschreibung des Postulats zu. Der Prüfauftrag ist mit der vorliegenden Antwort für sie erledigt. Zum Umgang mit diesem Geschäft und zu den Schlussfolgerungen des Gemeinderats sind aber aus Sicht des Votanten noch zwei Bemerkungen nötig. Erstens zum Inhalt: Der Gemeinderat schlägt im letzten Teil der Postulatsantwort etwas Anderes vor als der Weg, der in der kantonalen Stellungnahme aufgezeigt wird. Anstatt den Steuerfuss zu senken und das dadurch entstehende Defizit über die finanzpolitische Reserve aufzufangen, soll der Steuerfuss nicht gesenkt werden. Stattdessen sollen steigende Mehrkosten aus der finanzpolitischen Reserve bezahlt werden. Die Überschüsse sollen also nicht den Steuerzahlenden zurückgegeben werden, sondern zur Finanzierung von Ausgaben verwendet werden. Das ist so ziemlich genau das Gegenteil des ursprünglichen Anliegens des Postulats. Das ist nämlich daraus entstanden, dass Überschüsse nicht einfach zusätzlichen, staatlichen Ausgaben Spielraum schaffen sollen, sondern den Steuerzahlenden gehören.

Zweitens möchte er gerne etwas zum Verfahren sagen. Das Postulat wurde im August 2025 eingereicht. Im Mai dieses Jahres hat der Rat weitere rechtliche und technisch-administrative Abklärungen verlangt. Die kantonale Antwort lag der Gemeinde anschliessend vor. In der Rechnungssitzung wurde dem Parlament aber lediglich ein Teil dieser Beurteilung wiedergegeben. Genau deshalb haben Christian Schmid und der Votant anschliessend Transparenz über die kantonale Rechtsbeurteilung verlangt. Selbst in der Antwort auf diese Anfrage wurde die Herausgabe des entsprechenden Mailverkehrs mit der Begründung, dies würde sich erübrigen, abgelehnt. In der letzten Einwohnerratssitzung wurde dann sinngemäss der Eindruck vermittelt, es fehle an Vertrauen gegenüber dem Gemeinderat. Das sieht der Redner anders. Es ist logisch, dass der Gemeinderat als eigenes, politisches Organ eigene Interessen und Prioritäten hat, die nicht immer deckungsgleich sind mit denen des Einwohnerrats. Gerade bei diesem Geschäft konnte man sehen, wie wichtig es ist, dass das Parlament nicht nur die Zusammenfassung erhält, sondern seine Arbeit auf vollständige, nachvollziehbare und belastbare Entscheidungsgrundlagen stützen kann.

Urs Hauri, Grüne/EVP bedankt sich namens der Grünen/EVP beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Bearbeitung dieses Geschäfts und den Bericht. Sie nehmen befriedigt zur Kenntnis, dass eine automatische Steuerrückvergütung damit vom Tisch ist. Die Fraktion glaubt auch nicht, dass die Befürworter mit einer automatischen Steuerrückforderung bei Defiziten glücklich wären. Das wäre aber eigentlich die konsequente Ergänzung zu diesem Postulat gewesen. Der Redner hat bereits im Mai erwähnt, dass Binningen auch schon schlechtere Zeiten gesehen hat mit plötzlich tieferen Steuereinnahmen. Entscheidend ist für die Grünen/EVP, dass die Gemeinde Binningen handlungsfähig bleiben kann und den notwendigen Spielraum hat, um für die Einwohnenden notwendige und wertsteigernde Investitionen zu tätigen, z.B. auch im Bereich Klimaschutzmassnahmen, wie man vorhin gehört hat. Die Fraktion folgt dem Gemeinderat und wird das Postulat abschreiben.

Hubert Steffen, SVP möchte sich zur Stellungnahme des Gemeinderats zum Postulat äussern. Aus Sicht der Votanten ist es richtig, zwei Dinge klar auseinander zu halten, die in der Argumentation des Gemeinderats miteinander vermischt wurden. Auf der einen Seite hat man einen nicht budgetierten Ertragsüberschuss. Das bedeutet, die Gemeinde hat am Ende des Rechnungsjahres mehr Mittel zur Verfügung als bei der Budgetierung vorgesehen waren. Dieses Geld wurde tatsächlich erwirtschaftet. Auf der anderen Seite steht der Vorschlag, künftig einen Aufwandüberschuss zu budgetieren und diesen anschliessend über die finanzpolitische Reserve zu finanzieren. Das ist aus seiner Sicht nicht derselbe Vorgang. Wenn man einen unerwarteten Überschuss erzielt, spricht man über die Frage, was mit dem tatsächlich erwirtschafteten Mehrertrag geschehen soll. Wenn man hingegen bewusst ein Defizit budgetiert und dieses später aus der finanzpolitischen Reserve deckt, gibt man vorhandenes Eigenkapital aus. Er hält es deshalb für falsch, diese beiden Sachverhalte finanzpolitisch gleichzusetzen.

Besonders kritisch sieht er das Argument, dass die finanzpolitische Reserve bzw. deren Verwendung notwendig ist, weil sonst aufgrund der künftigen Mehrkosten irgendwann eine Steuererhöhung drohen könnte. Natürlich muss man die langfristige Finanzplanung der Gemeinde ernst nehmen. Natürlich muss man wissen, welche Investitionen und welche laufenden Kosten auf die Gemeinde zukommen. Und natürlich darf man Reserven nicht leichtfertig abbauen. Aber genau deshalb darf man auch nicht argumentieren: Wir behalten heute nicht budgetierte Überschüsse zurück, weil wir sie möglicherweise irgendwann für zukünftige Ausgaben brauchen könnten. Damit würden gute Rechnungsabschlüsse automatisch zur Finanzierung zukünftiger Mehrkosten verwendet werden. Der Steuerzahler würde damit gewissermassen dauerhaft das finanzielle Risiko der Gemeinde mittragen, ohne dass zwischen strukturellen Problemen und ausserordentlichen Mehrerträgen unterschieden wird. Der Redner findet, man müsse hier eine klare finanzpolitische Grenze setzen.

Wenn die Gemeinde strukturell zu hohe Ausgaben hat, muss der Rat über diese Ausgaben reden. Wenn grosse Investitionen anstehen, muss man über den Umfang und die Priorisierung reden. Wenn der Finanzplan zeigt, dass längerfristig die Einnahmen nicht ausreichen, muss über die entsprechenden Kon-

sequenzen diskutiert werden, einschliesslich einer möglichen Steuerfusspolitik. Aber ein einmaliger oder ausserordentlicher, nicht budgetierter Überschuss ist nicht automatisch dafür bestimmt, zukünftige Mehrausgaben zu finanzieren. Im Gegenteil. Gerade bei einem solchen Überschuss stellt sich berechtigterweise die Frage, ob nicht auch die Steuerzahlenden davon profitieren sollten. Der Gemeinderat selbst zeigt in seinem Bericht auf, dass das Modell grundsätzlich möglich ist, bei dem ein nicht budgetierter Überschuss zunächst der finanzpolitischen Reserve zugeführt wird und eine spätere steuerliche Entlastung über diese Reserve finanziert wird. Das Ziel einer Entlastung der Bevölkerung ist finanzpolitisch nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Es braucht deshalb eine saubere, transparente und verantwortungsvolle Regelung. Er könnte sich beispielsweise vorstellen, dass eine Rückvergütung erst dann ausgelöst wird, wenn die finanzpolitische Reserve einen definierten, angemessenen Bestand erreicht hat. So würden die notwendigen Reserven der Gemeinde geschützt, gleichzeitig würde verhindert, dass ausserordentliche Überschüsse automatisch auf eine unbestimmte Zeit im Eigenkapital verbleiben. Damit hätte man einen Mechanismus, der beides berücksichtigt. Die finanzpolitische Vorsicht auf der einen Seite und eine faire Beteiligung der Steuerzahlenden an ausserordentlichen Überschüssen auf der anderen Seite.

Noch ein Punkt ist dem Redner wichtig: Eine mögliche, zukünftige Steuererhöhung darf nicht als Argument dienen, um heute übermässige Überschüsse grundsätzlich bei der Gemeinde zu behalten. Die Frage, ob die Gemeinde einen langfristig höheren Steuerertrag benötigt, muss anhand von langfristigen Finanzsituationen beantwortet werden und nicht anhand der Tatsache, dass in einem einzelnen Jahr ein unerwarteter Überschuss entstanden ist. Der Votant ist daher der Meinung, dass man diese beiden Themen klar trennen sollte. Ein nicht budgetierter Überschuss ist nicht dasselbe wie ein budgetiertes Defizit. Wer heute einen ausserordentlichen Mehrertrag erwirtschaftet, sollte nicht automatisch davon ausgehen müssen, dass dieser Mehrertrag dauerhaft bei der Gemeinde verbleibt. Genau deshalb hält er es für richtig, am Grundgedanken des Postulats festzuhalten und einen transparenten Mechanismus zu prüfen, der sowohl die finanzielle Stabilität der Gemeinde als auch die Interessen der Steuerzahlenden berücksichtigt. Die SVP beantragt deshalb, das Postulat nicht abzuschreiben.

Felix Gerber, Mitte/GLP dankt den Postulanten für das Aufbringen dieser kreativen Idee und dem Gemeinderat für die Beantwortung. Er hatte eigentlich das Gefühl, das mit dieser Antwort einiges klarer ist. Nach dem Votum von Hubert Steffen ist ihm nicht mehr alles ganz klar. Sein Vorredner hat sicher einige wichtige Punkte erwähnt, mit denen der Votant auch einverstanden ist. Es wird je länger man darüber diskutiert je klarer, dass der Rat seine eigenen Hausaufgaben machen muss. Das eine ist, dass man nicht einfach sagen kann: «Die Ausgaben steigen und es muss irgendetwas gemacht werden», sondern wir müssen uns daranmachen und fragen: Wieso steigen sie und wo können wir etwas machen? Welche Leistungen wollen wir noch und welche nicht? Und das dann auch seriös aufarbeiten. Das zweite, was vermutlich mit dem transparenten und sicheren Mechanismus gemeint ist, ist die Frage: Wie viele Reserven brauchen wir? Dies ist ganz klar an die Frage geknüpft: Was ist die geplante Investitionstätigkeit? Darüber hat der Rat nach Ansicht des Votanten nach wie vor nicht genügend Klarheit. Wenn man diese Klarheit hätte, dann könnte man auch ziemlich klar sagen, wie viele Reserven man braucht und wieviel Defizit, einfach gesagt, budgetiert werden kann.

Sein Vorredner hat vermutlich recht, dass es nicht genau das Gleiche ist, weil es nicht um die gleiche Berichtsperiode geht. Der Redner findet aber, der Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, sei grundsätzlich schon relativ nahe bei dem, was gefordert wurde. Aus Sicht seiner Fraktion ist es auch der sauberere Weg, dass man sich Gedanken darüber macht, wie man den Steuerfuss festlegen will, welche Leistungen und welche Investitionen man will und dies dann zusammensetzt, anstatt einen Rückwirkungsmechanismus zu haben, bei dem man vielleicht nicht immer versteht, wie er funktioniert bzw. für die Leute nicht im Voraus klar ist, wie hoch der Steuersatz in der jeweiligen Periode wirklich ist. Daher nochmals ein Dankeschön an alle. Die Mitte/GLP ist einverstanden mit der Abschreibung und freut sich auf den Vorschlag im Budget.

Andrea de Fregias, SP teilt mit, die SP unterstütze die Abschreibung des Postulats, da der Kanton eine automatische Steuerrückvergütung klar als rechtlich unzulässig eingestuft hat. Positiv ist, dass der Gemeinderat trotzdem einen Weg gefunden hat, dem ursprünglichen Anliegen gerecht zu werden, nämlich über den geplanten Abbau der finanzpolitischen Reserve anstelle einer Steuerfussanpassung. Dieser Vorschlag wird im Rahmen der Budgetberatung 2027 im Detail überprüft. Die Rednerin versteht den Einwand der FDP, dass hier keine direkte Rückvergütung stattfindet. Aber wie gesagt, liegt dies an der gesetzlichen Vorgabe, die eine Anpassung des Steuerfusses ausserhalb der Budgetsitzung verbietet. Der Weg über die finanzpolitische Reserve ist im aktuellen, rechtlichen Rahmen die einzige Möglichkeit und wie es ihr Vorredner gesagt hat, sehr nahe an dem, was sich die Postulanten gewünscht haben und wo man den Steuerzahlenden auch wirklich entgegenkommen kann. Daher unterstützt sie ihn trotzdem.

Sirin Hauri, Grüne/EVP möchte sich zum Votum äussern, dass die Steuerzahlenden profitieren sollen, wenn es der Gemeinde gut geht. Ihrer Ansicht nach profitierten die Steuerzahlenden davon, dass der Gemeindehaushalt stark ist und sie profitieren auch von den Investitionen, die die Gemeinde tätigt. Sie profitieren von Klimaanpassungsmassnahmen, sie profitieren von guten Strassen und sie profitieren von guten Schulen. Man befindet sich nicht in einem korrupten Regime, wo sich jemand mit diesem Geld einen Palast oder ähnliches baut. Die Binninger/innen profitieren nicht nur davon, wenn die Steuern gesenkt werden. Natürlich ist es schön, wenn man 100 Franken im Jahr weniger bezahlen muss. Aber insgesamt profitiert man auch von der sehr guten Infrastruktur hier.

Dunja Bühler, FDP gibt zu bedenken, wenn man ausserhalb des Kantons Baselland schaue, dürfe man nicht vergessen, dass es sehr viele Steuerflüchtlinge gebe. Sie findet, man müsse die Attraktivität von Binningen weiterhin so gut gestalten, dass die Gemeinde einen guten Steuersatz habe. Wenn man dann natürlich liest, dass Binningen so viele Millionen Franken Überschuss hat, der eigentlich den Bürgern und Bürgerinnen von Binningen gehört, dann stellt sich für sie schon die Frage, wie man die Rechnung macht und ob man sich nicht attraktiver positionieren könnte. Die Rednerin kennt sehr viele Leute, die in steuergünstigere Gemeinden abgewandert sind und sehr, sehr gute Steuerzahler sind. Das muss man sich ihrer Ansicht nach auch auf die Agenda schreiben.

Lewin Lempert, SP erwidert, Binningen habe aktuell schon tiefe Steuern, die zweitiefsten im ganzen Kanton. Dabei muss man sich immer wieder fragen: Die Gemeinde Binningen ist ein Gemeinwesen der Eidgenossenschaft, von über 2000 Gemeinden in diesem Land. Wenn man anfängt Steuerdumping-Politik zu betreiben, bei der die eine Gemeinde auf Kosten der anderen versucht Steuerzahlende zu gewinnen, dann ist dies seiner Ansicht nach nicht im Sinn eines funktionierenden Gemeinwesens als Eidgenossenschaft, die wir sind. Darum sollte man vorsichtig sein. Binningen ist schon sehr gut platziert. Noch weiter runter wäre seines Erachtens nicht gut. Das wäre schädlich für unser Land und am Schluss auch für die Gemeinde.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP kann das Votum seines Vorredners auf eine gewisse Art, aus Sicht des Vorredners, nachvollziehen. Aber aus seiner eigenen Sicht kann er es nicht nachvollziehen. Wenn Binningen in der Lage ist, ein gesundes Budget hat und finanziell gesund dasteht, dann darf die Gemeinde durchaus an Steuerfussenkungen denken und nicht nur, weil die anderen Gemeinden anders wirtschaften, die Steuern nicht senken. Auch wenn die Gemeinde Binningen ihren Platz im Gemeindeverbund von 2000 Gemeinden hat, wenn es die finanziellen Mittel zulassen, darf sie die Steuern senken und muss nicht auf die anderen schauen, was die machen. Mit dieser Aussage hat Lewin Lempert den Votanten getriggert.

Olivier Kremo, SVP kann sich seinem Vorredner anschliessen. Es ist sicher nicht falsch, wenn Binningen ein attraktiver Standort ist. Dazu gehört auch der Steuersatz. Es ist die Aufgabe des Einwohnerrats, dafür zu sorgen, dass Binningen eine attraktive Gemeinde ist. Klar gehören dazu auch die Angebote. Es scheint ihm aber wichtig, dass die Mittel effizient eingesetzt und das Budget genau angeschaut wird. Man muss sich nicht absichtlich schlechter stellen oder dafür sorgen, dass der Steuersatz genug hoch bleibt, nur damit die Gemeinde nicht zu attraktiv ist. Er würde hier auch nicht direkt von Steuerdumping sprechen.

Hubert Steffen, SVP hat noch einen Punkt zum Votum von Lewin Lempert. Der Kanton Baselland ist kein attraktiver Wirtschaftsstandort für Steuerzahlende. Gemäss Statistik ist Baselland im untersten Drittel der Belastungen, sogar der Kanton Jura ist besser. Er merkt an, dass Steuereinnahmen auf Vorrat nicht rechtens sind. Der Votant ist für die Binninger Bevölkerung hier. Man soll das bezahlen, was man muss, aber keine überhöhten Steuern, die der Gemeinde nur für unnötige Ausgaben zur Verfügung stehen.

Leon Behrends, FDP möchte auch kurz auf das Votum von Lewin Lempert eingehen mit einer kleinen Korrektur. Er hat die Statistik des Kantons Baselland vor sich. Dort ist Binningen auf Platz 5 der Gemeindesteuern. Pfeffingen mit 45 Prozent, Biel-Benken mit 46 Prozent, Arlesheim 47 Prozent, Bottmingen 48 Prozent und dann Binningen mit 49 Prozent. Gesamtschweizerisch ist Binningen auf Platz 1046 von 2110 Schweizer Gemeinden, wenn man ein Bruttoeinkommen von 100 000 Franken nimmt. Bezüglich der Aussage, dass das mit den tiefen Steuern so schlecht sei: Er liest immer nur Gutes von den Orten, wo die Steuern so tief sind, z.B. Zug, dass sie zu viel Geld hätten. Solche Probleme könnte sich Binningen seiner Meinung nach auch gerne beschaffen.

Gaida Löhr, SP erklärt, die Unterstellung der unnützen Ausgaben, habe sie etwas aufgebracht. Sie findet die Aussage auch unfair. Was der Einwohnerrat entscheidet, kann ja wohl nicht unnütz sein. Das Parlament ist nicht nur dafür da, um zu sparen, sondern es ist eigentlich dafür da, sich zu überlegen, was die Gemeinde braucht. Sirin Hauri hat es vorhin gut ausgeführt. Ihr ist das auch ein Anliegen. Es kommt die Frage: Wie kommen wir zu einem Klimafonds? Und dann sofort: Wir müssen Geld sparen. Nein. Wir müssen auch auf der Angebotsseite etwas vorwärts machen. Sie hat überhaupt nichts gegen Steuersenkungen. So gerne bezahlt sie Steuern auch nicht. Aber Steuern sind Geld, das die Leute der Gemeinde geben, damit sie damit etwas Sinnvolles macht. Nur wenn es zu viel ist, und nur dann, muss man sich überlegen, eine Steuersenkung zu machen.

Brigitte Schori, FDP erläutert, die Gemeinde Binningen habe ein strukturelles Defizit. Eine Steuersenkung ist unrealistisch. Der Einwohnerrat hat die Verantwortung, die Ausgaben und die Investitionen zu kürzen. Die Steuern sind nicht überhöht. Und betreffend Zug: Die Votantin ist der Ansicht, Binningen fehlen die juristischen Personen.

Andrea de Fregias, SP äussert, Steuergelder seien dafür da, damit in die Gemeinde investiert werde. Sie sieht, dass die «to do»-Liste für Investitionen immer länger statt kürzer wird. Wenn man sie kürzen würde, würde man den Steuerzahlenden ihrer Ansicht nach mehr zurückgeben als ein paar 100 Franken. Obwohl sie auch nichts gegen ein paar 100 Franken mehr im Portemonnaie hätte. Sie hat hier ein Schwimmbad, eine Kirche, kann hier essen oder trinken gehen usw. Sie weiss nicht, was sie in Biel-Benken machen könnte. Binningen bleibt weiterhin eine attraktive Gemeinde, einfach um dies klarzustellen.

ABSTIMMUNG

Abschreiben: 30 JA / 5 NEIN (Abstimmung 06)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird abgeschrieben.

Monique van Loon, Mitte/GLP erinnert daran, dass am 16. und 17. Oktober das Jubiläumsmusical der Musikschule stattfindet. 60 Jahre Jubiläum der Musikschule Binningen-Bottmingen. Es sind alle eingeladen. Man muss sich aber anmelden, da die Kapazitäten begrenzt sind. Dies einfach als Erinnerung.

Charlotte Marti, SVP möchte bei der zuständigen Gemeinderätin Rahel Bänziger nachfragen, ob es möglich wäre, dass der Einwohnerrat das neue Rümelin Schulhaus besichtigt. Sie sieht, dass das Schulhaus wächst. Da geht etwas. Daher stellt sich für sie die Frage, ob es einmal einen Besichtigungstermin geben wird oder ob der Einwohnerrat auf die Einweihung warten muss.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne teilt mit, dass bisher keine allgemeine Besichtigung geplant sei. Es gab das Aufrichtungsfest. Im Herbst sollen die Bestandsbauten hinzukommen, damit diese noch saniert werden können. Sonst läuft es gut. Ob eine Besichtigung möglich wäre, muss sie intern abklären. Sie versteht das Anliegen aber sehr gut. Man sieht von aussen, dass etwas Grosses und Schönes entsteht. Dass man auch gerne hineinschauen möchte, kann sie sehr gut verstehen. Sie klärt es ab.

Charlotte Marti, SVP bedankt sich bei der zuständigen Gemeinderätin und freut sich auf die Antwort.

Einwohnerratspräsidentin Nina Eldridge, GLP schliesst die Sitzung um 21.13 Uhr.

Abstimmung 2: Änderung der Traktandenliste

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 21.09.2026 19:40:52

Gesamtergebnis:	Ja:	15	44.12 %
	Nein:	19	55.88 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	34	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Nein
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Nicht anwesend
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Nicht anwesend
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Nora-Mikaela Stahl	Ja
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nein
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Nein
Lukas Jegge	Nein
Gian Kamber	Nicht anwesend
Oliver Peter	Nein
Monique van Loon	Nein
Felix Gerber	Nein
Ralph Büchelin	Nicht anwesend
Lewin Lempert	Nein
Patrick Bürgler	Nicht anwesend
Özlem Ipek-Avvisati	Nein
Erik Schellenberg	Nein
Emil Schoch	Nein
Karin Müller	-
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Nein
Aline Glaser	Nein
Karin Glaser	Nein
Elif Çakar	Nein
Urs Hauri	Nein
Peter Bertschi	Nein
Sirin Hauri	Nein

Abstimmung 3: Gesch. Nr. 55: Abschreibung Postulat

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 21.09.2026 20:09:11

Gesamtergebnis:	Ja:	35	100.00 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	35	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Nicht anwesend
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Nicht anwesend
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Nora-Mikaela Stahl	Ja
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Nicht anwesend
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Nicht anwesend
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Nicht anwesend
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 4: Gesch. Nr. 123: Überweisung Postulat

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 21.09.2026 20:32:49

Gesamtergebnis:	Ja:	35	100.00 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	35	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Nicht anwesend
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Nicht anwesend
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Nora-Mikaela Stahl	Ja
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Nicht anwesend
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Nicht anwesend
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Nicht anwesend
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 5: Gesch. Nr. 135: Überweisung Postulat

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 21.09.2026 20:44:22

Gesamtergebnis:	Ja:	35	100.00 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	35	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Nicht anwesend
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Nicht anwesend
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Nora-Mikaela Stahl	Ja
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Nicht anwesend
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Nicht anwesend
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Nicht anwesend
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 6: Gesch. Nr. 84: Abschreibung Postulat

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 21.09.2026 21:11:15

Gesamtergebnis:	Ja:	30	85.71 %
	Nein:	5	14.29 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	35	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Nein
Charlotte Marti	Nein
Roman Oberli	Nicht anwesend
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nicht anwesend
Olivier Kremo	Nein
Niklas Mattsson	Nein
Nora-Mikaela Stahl	Ja
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Nicht anwesend
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Nicht anwesend
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Nicht anwesend
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja